

Weihnachtsgeld Klagen gegen Kürzungen

Nachdem die politischen Auseinandersetzungen gegen die Kürzung bzw. Streichung des Weihnachtsgeldes den erwünschten Erfolg leider nicht gebracht haben, haben die Gewerkschaften entschieden, die rechtlichen Bedenken dagegen nun auch gerichtlich klären zu lassen. Dazu wurde mit dem Senat eine Vereinbarung über Musterverfahren getroffen, wie jede und jeder seiner Bezügemittelung entnehmen konnte. Ver.di, GEW und GdP sowie der Beamtenbund wählen dazu Einzelfälle aus.

Die GEW steuert eine aktive Beamtin und einen Ruheständler bei. In den Verfahren wird es darum gehen nachzuweisen, dass durch die Kürzung bzw. Streichung eine amtsangemessene Alimentation nicht mehr gewährleistet ist. Dazu sind auch in anderen Bundesländern Verfahren anhängig. Entscheiden wird irgendwann das Bundesverfassungsgericht; das kann also noch etwas dauern.

ANDREAS HAMM



VOLKSHOCHSCHULE

Post für den Senator

Unterstützung für die überfällige Honorarerhöhung

Die Aktion der VHS-KursleiterInnen für eine deutliche Erhöhung ihrer seit 1995 unveränderten Honorare findet zunehmende Unterstützung. Mehrere tausend unterschriebene Solidaritätspostkarten sind dem Vernehmen nach bereits bei Senator Ties Rabe eingegangen; weitere

sollen folgen (siehe Beilage zu dieser HLZ).

Die Leitung der VHS-Hamburg äußerte Verständnis für das Anliegen der Honorarkräfte, die bei einem Stundensatz von 24,73 € ihre soziale Absicherung allein finanzieren müssen. Geschäftsführerin Hannelore Bastian sagte im *Abendblatt*: „Vor 16 Jahren war das Geld angemessen. Jedoch wird alles teurer, logischerweise wäre eine Honorarerhöhung fällig.“ Da die VHS jedoch zu 40 % von der Stadt finanziert werde, sei dazu ein höherer Zuschuss des Senats nötig. Die VHS wolle bei den nächsten Haushaltsberatungen erneut dafür eintreten.

Der Verweis von Senat und

Behörde auf noch schlechtere Bezahlung bei anderen Trägern der Weiterbildung sei „unredlich und zynisch“, erklärte ver.di-Fachsekretär Roland Kohsiek: „Es gibt Honorare, die sind schlechter, aber eben auch deutlich bessere.“ Die Aktion der Kursleitenden sei „sehr gerechtfertigt“.

Tatsächlich scheint der Senat auch weiterhin Haushaltskonsolidierung und Finanzierung von Prestigeobjekten zu Lasten der VHS durchführen zu wollen. Allein von 1998 bis 2010 wurde der VHS-Zuschuss um 13,6 % auf 5 Mio Euro pro Jahr gesenkt. Mit einer Förderung von 2,84 Euro je Einwohner rangiert Hamburg neben Sachsen und Brandenburg bei der Förderung der VHS am unteren Ende aller Bundesländer. Allein die Anhebung auf den Durchschnitt von 4,93 Euro je Einwohner würde gut 3,6 Mio Euro jährlich bringen – genug für die Honorarerhöhung.

MANNI HEEDE

„Dass die Stadt volle Kraft von den KursleiterInnen verlangt, ohne eine angemessene Gegenleistung zu liefern, ist ein starkes Stück. Die GEW unterstützt deshalb die derzeit laufende Protestaktion der DozentInnen an den Volkshochschulen.“

KAUS BULLAN
Vorsitzender GEW Hamburg